

2136/AB XXI.GP
Eingelangt am: 16. 05. 2001

BUNDESMINISTER
FÜR LAND UND FORSTWIRTSCHAFT,
UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Moser, Dr. Glawischnig, Freundinnen und Freunde haben am 19.3.2001 an mich eine schriftliche Anfrage mit der Nr. 2145/J betreffend „Beschaffungswesen und integrierte Produktpolitik (IPP)“ gerichtet. Ich beehre mich, diese wie folgt zu beantworten:

ad 1

Die „Leitlinien für eine Ökologisierung der Bundesverwaltung“ wurden von der Bundesregierung im April 1998 beschlossen. Wie die Praxis zeigt, besteht bei den beschaffenden Stellen noch ein Defizit an Informationen über die ökologische Qualität von Produkten und Dienstleistungen. Aus diesem Grund wurde im Rahmen eines Projektes, an dem sich unter Federführung meines Ressorts zwei weitere Ministerien sowie fünf Landesregierungen beteiligten, ein umfangreicher „Kriterienkatalog zur Berücksichtigung des Umweltschutzes im Beschaffungs- und Auftragswesen“ erstellt; dieses Projekt wurde auch mit Mitteln aus dem EU - LIFE - Programm gefördert. Im Rahmen eines Folgeprojektes soll die Anwendung des Kataloges in der Praxis mittels Workshops und Coaching erleichtert werden. Erste Praxiserfahrungen mit dem Katalog konnten schon bei der jüngsten Kopiergeräteausschreibung meines Hauses gewonnen werden.

Mein Ressort ist auch in der OECD - Steering Group on Greener Public Purchasing vertreten und hat zu einem von dieser Steering Group organisierten Workshop im November dieses Jahres nach Wien eingeladen.

ad 2

Für die Ökologisierung des Beschaffungswesens stellt die Schaffung einer Bundesbeschaffung GesmbH eine große Chance dar. Die Bündelung der Nachfrage des Bundes wird dazu beitragen, den Markt für umweltgerechte Produkte und Dienstleistungen weiter zu stimulieren. Die Regierungsvorlage sieht insbesondere die Berücksichtigung ökologischer Aspekte in der Standardisierung der zu beschaffenden Anlage, Materialien und Dienstleistungen, also primär im Rahmen der Leistungsbeschreibungen vor. Mein Ressort wird dafür Sorge tragen, dass ökologische Kriterien in alle Standardisierungsprozesse einfließen.

ad 3

Es darf auf die österreichische Position, die auf Basis einer nationalen Koordinatonsitzung am 28. März d. J. formuliert und an die schwedische Ratspräsidentschaft weitergeleitet wurde, verwiesen werden (siehe Beilage).

ad 4

Österreich setzt zahlreiche Initiativen, die im Rahmen einer europäischen IPP weiter forciert werden sollen, u.a. das Österreichische Umweltzeichen für Produkte und für Tourismusbetriebe, weiters Aktivitäten zur Ökologisierung der öffentlichen Beschaffung, sowie die von meinem Ressort gemeinsam mit den Bundesministerien für Wirtschaft und Arbeit sowie Verkehr, Innovation und Technologie getragene Ecodesign Initiative.

ad 5 und 7

Durch die Berücksichtigung des gesamten ökologischen Lebenszyklus eines Produktes („integriert“) soll sicher gestellt werden, dass bereits bei der Entwicklung von produktorientierten Maßnahmen alle relevanten Umweltbelastungen, wie humantoxikologische oder sonstige für den Konsumenten- und Gesundheitsschutz wesentlichen Aspekte, zu beachten sind. Es wird demnach für jede Produktgruppe zu analy-

sieren sein, mit welcher Kombination von Instrumenten und Maßnahmen am effizientesten zur Erreichung der verschiedenen Ziele beigetragen werden kann.

ad 6

Das Grünbuch der Kommission versteht unter „integriert“ ebenfalls die Berücksichtigung des gesamten ökologischen Produktlebenszyklus bei umweltpolitischen Maßnahmen. Bei einer konsequenten Umsetzung des Prinzips wären somit auch klimarelevante Aspekte zu beachten.

Konsumentenverhalten und Beschaffungswesen von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen haben nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf die Entwicklung der Treibhausgasemissionen, wobei drei Faktoren zu berücksichtigen sind:

1. die Energieintensität bei der Herstellung von Produkten,
2. die Transportintensität von Produkten,
3. allfällige direkte oder indirekte Treibhausgasemissionen (fluorierte Gase, Stromverbrauch etc.) während der Lebensdauer, einschließlich der Entsorgung von Produkten.

Im Rahmen der im Entwurf vorliegenden österreichischen Klimastrategie werden deshalb Bund, Länder und Gemeinden aufgefordert, in ihrer Beschaffungs- und Förderungspolitik bzw. durch bewusstseinsbildende Maßnahmen dem Klimaschutz Rechnung zu tragen. Als konkrete Beispiele seien angeführt:

- Verzicht auf HFKW - und SF6 - hältige Produkte, Geräte und Anlagen im Bau- und Beschaffungswesen der Gebietskörperschaften,
- Ausrichtung der Wohnbauförderung nach energetischen und ökologischen Kriterien (z.B. optimaler Wärmeschutz, Vermeidung klimaschädigender Baumaterialien),
Anschaffung stromsparender Geräte durch Bund, Länder und Gemeinden
- Richtlinien für die öffentliche Beschaffung von emissions- und verbrauchsarmen Kfz,
- Kennzeichnung von Neu-PKW nach kilometerspezifischen CO₂-Emissionen (bereits umgesetzt),
- Hinweise auf die Transportintensität von Produkten durch den Lebensmittelhandel (Vereinbarung),

- Bevorzugte Verwendung von Lebensmitteln aus biologischer Landwirtschaft in Kantinen und Versorgungseinrichtungen der öffentlichen Hand (z.B. Schulen, Spitäler, Altersheime, Horte...).

ad 8

a) Verkehr:

Auch der Einsatz von Biodiesel führt zu einer deutlichen Reduktion der Umweltbelastungen und sichert einen nachhaltigen Energiekreislauf mit hoher inländischer Wertschöpfung. Neben einer Reduktion der meisten Schadstoffemissionen reduziert Biodiesel die Treibhausgasemissionen.

Auch mit der Beimischungsmöglichkeit von bis zu 3 Prozent Fettsäuremethylester (FME) pflanzlicher Basis zu herkömmlichen Dieseltreibstoffen, die in Österreich mit der Änderung der Kraftstoffverordnung vom 30. Dezember 1999 geschaffen wurde, kann ein wichtiger Beitrag zu den Klimaschutzzielen geleistet werden.

Weiters stellt im Sektor Verkehr insbesondere das Instrument des Mobilitätsmanagements ein zentrales Element einer IPP dar. Betriebliches Mobilitätsmanagement wurde auf Initiative meines Ressorts im Rahmen eines Pilotprojekts bereits in mehreren Unternehmen implementiert. Auf Grund des großen Erfolges der Pilotbetriebe AVL List (5% CO₂ - Reduktion pro Jahr), LKH Tulln (21% CO₂ - Reduktion pro Jahr), Vorarlberger Medienhaus (17% CO₂ - Reduktion pro Jahr), BMLFUW/UBA GmbH (13% CO₂ - Reduktion pro Jahr) konnten die CO₂ - Emissionen wesentlich reduziert werden.

Durch ein Servicepaket und eine Förderaktion soll dieses Projekt weiter ausgebaut werden.

b) Energie:

Bei der Beschaffung von Energie für öffentliche Einrichtungen wäre aus Sicht des Klimaschutzes darauf zu achten, dass der Energieeinsatz möglichst effizient erfolgt und möglichst aus erneuerbaren Quellen stammt.

Als einen Beitrag zur Erreichung des Kyotozieles hat die Bundesregierung beschlossen, mittels Contracting die Energieeffizienz von Bundesgebäuden schrittweise zu verbessern.

Die österreichische Klimastrategie sieht im Kapitel „Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung durch erneuerbare Energieträger“ als Maßnahme den „bevorzugten Bezug von Strom aus erneuerbaren Energieträgern für die Versorgung öffentlicher Gebäude (Vorbildwirkung durch Selbstverpflichtung der Gebietskörperschaften)“ vor.

In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass im Auftrag meines Ressorts derzeit eine Richtlinie für ein Umweltzeichen „Grüner Strom“ erarbeitet wird. Dieses wird genaue Bestimmungen für die ökologische Zertifizierung von Strom enthalten; damit wird den Endverbrauchern ein Instrument zur ökologischen Differenzierung beim Einkauf von Strom zur Verfügung gestellt.

ad 9

Betreffend die Ökologisierung des Beschaffungswesens und die Entwicklung einer integrierten Produktpolitik (IPP) bestehen auf österreichischer und europäischer Ebene keine strukturellen Unterschiede.

ad 10

In den bisherigen Reaktionen der Mitgliedsstaaten und Institutionen wird die Grundidee einer IPP generell begrüßt, wobei auch das grundsätzliche Bekenntnis zur Entwicklung neuer Instrumente eingeschlossen ist.

ad 11

Neben der wünschenswerten Öffnung der Instrumente des öffentlichen Auftragswesens für weitergehende Möglichkeiten der Berücksichtigung ökologischer Aspekte (z.B. Berücksichtigung von gesamten Lebenszyklen eines Produkts, insbesondere

von Anforderungen an umweltfreundliche Produktionsverfahren oder die Berücksichtigung von Umweltmanagementsystemen) darf auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen werden.

ad 12

Einerseits fließen kontinuierlich Erfahrungen aus dem österreichischen Umweltzeichen - System in die Arbeiten auf europäischer Ebene ein, wie in den Bereichen „Tourismusbetriebe“ und „Reinigungsmittel“. Andererseits wurde im Vorjahr die Möglichkeit eröffnet, ausgesuchte Vergabekriterien des europäischen Ecolabel in einem vereinfachten Verfahren ins österreichische System zu übernehmen. Für die Produktgruppe Energiesparlampen wurde dies erstmals in die Praxis umgesetzt. Die Unternehmen haben jetzt die Möglichkeit, beide Zeichen in einem Vergabeverfahren zu erlangen und dafür auch nur die Gebühren für das europäische Ecolabel zu bezahlen. Diese Vorgangsweise wird in den kommenden Jahren für weitere Produktgruppen geprüft werden und ist auch in anderen Ländern, wie in Deutschland, auf großes Interesse gestoßen.

ad 13 bis 15

Die finanziellen Ressourcen für Umweltzeichensysteme fließen derzeit überwiegend in die Weiterentwicklung des nationalen Zeichens. Parallel dazu wird jedoch auch das EU Ecolabel im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten forciert. Dies schließt auch die Bekanntmachung des europäischen Umweltzeichens im Rahmen von Publikationen und anderen Informationsangeboten meines Ressorts (z.B. Internet) ein. Gefördert wird das EU Ecolabel weiters auch durch die oben beschriebene Vorgangsweise. Der geschätzte Bekanntheitsgrad des Österreichischen Umweltzeichens liegt bei 33 Prozent, über den Bekanntheitsgrad des europäischen Umweltzeichens liegen keine Daten vor.

ad 16

In Österreich ist der Verein für Konsumenteninformation (VKI) als nationaler Verbraucherverband in die Arbeiten zum nationalen und zum europäischen Umweltzeichen eingebunden. Seitens meines Ressorts werden daher die in Art. 8 vorgesehenen Beurteilungsschritte rechtzeitig mit dem VKI diskutiert und abgestimmt werden.

ad 17

Nicht nur auf Grund der beschränkten finanziellen Ressourcen, sondern auch aus fachlicher Sicht steht mein Ressort der Kooperation mit anderen Organisationen zur weiteren Forcierung des österreichischen wie auch des europäischen Umweltzeichens positiv gegenüber.

Green Paper on Integrated Product Policy

Austrian position

29 March 2001

Austria welcomes and supports the IPP initiatives taken at EU level. The objective of modern environmental policy is to pave the way to sustainable development. One important element on the way to achieving this goal is to move products and services - along their entire ecological life cycle - more into the centre of environmental policy. In this context, the relationship between the IPP on the one hand and the 6th Environmental Action Programme and the Strategy for Sustainable Development on the other hand needs to be elaborated and clarified.

For the implementation of IPP no new policy objectives and targets are needed but IPP can form a framework for better achieving those goals already adopted at local, national or international level. These objectives and targets need to be operationalized for products in order to be able to monitor IPP's contribution to the achievement of the existing targets.

Much has been attained by means of the policy instruments implemented to date, but the ever rising number of products and services marketed requires a new approach one that systematically evaluates, combines and integrates the existing measures and, if necessary, supplements them with new ones.

As to the objective of IPP itself, Austria supports the text of the 1st paragraph of section 2 in the Green Paper. What needs to be considered, however, is the function of a product or service. This helps to realize that the product or service is only a means to an end which in certain cases may also be achieved by a completely different and hopefully less environmentally damaging solution.

For the development of IPP European cooperation as well as integration into other policy sectors is crucial. This dimension of Integration hasn't been sufficiently addressed in the Green Paper. In the light of the Cardiff process, however, it can not be neglected.

A clear and harmonised framework is vital for the well functioning of the Internal Market. At European level the development of the common Vision of IPP is urgently needed as well as a consensus on how to implement it. The IPP Green Paper constitutes a good basis for a well structured discussion which should soon feed into the publication of a White Paper by the Commission. The White Paper

should clearly explain the added value of IPP and outline the implementation. At this point in time, especially the relationship among the different Instruments still raises many questions.

The instruments mentioned in the Green paper such as greener public purchasing, product declaration, eco - design, standardisation and price mechanism are basic elements of an IPP. New instruments must not water down the level of environmental protection that has been achieved to date. In areas already well controlled through regulation or other instruments, implementation of IPP will lead to a further reduction of environmental burden whereas in areas that have not yet been regulated or only in an insufficient manner, a thorough analysis is needed in order to develop the best mix of Instruments and to avoid hampering well functioning existing instruments. Basically, no instrument can be excluded at the beginning. If appropriate, regulation also needs to be considered.

For the success of „soft“ and voluntary instruments policy makers need to set obligatory qualitative targets which allow an appropriate monitoring. In this respect, the recent draft of a design directive for new electronic equipment gives rise to serious concerns because achievement of environmental targets doesn't seem to be guaranteed. And yet, the draft was presented with explicit reference to IPP.

Similarly, the experience made to date with the New Approach in standardization shows that under current framework conditions this instrument seems to be totally inadequate for achieving environmental objectives. (See for example the standard on packaging material or those based on the construction material directive.)

Apart from the need for qualitative targets, the appropriate and fair participation of all relevant stakeholder groups is to be guaranteed in standardization. For environmental and consumer NGOs this participation is only possible with sufficient funding.

Austria welcomes the Commission's intention to correct market failures by means of the price mechanism. Resource or energy taxes as well as the reduction of subsidies having the opposite effect seem to be more promising however than the planned reduced VAT rate for eco - labelled products. In the context of IPP the potential of environmental state aids in the widest sense should be further analysed. In addition, the development of harmonised methods and standards for the calculation and internalisation of external effects would be very helpful not least for the consideration of environmental criteria in public purchasing.

As regards public purchasing the announced interpretive document as well as the handbook will help to reduce the legal uncertainty for purchasers. The experience made to date with greener public purchasing shows, however, that the current legal framework sets dear limits to the consideration of

environmental criteria in public purchasing. This can only be changed through a revision of the procurement directives.

A topic that hasn't been dealt with sufficiently in the Green Paper is transport and its implication for a life cycle approach. In a wider labelling strategy labels that show the origin of a product should therefore be considered. Concerning labelling the development and wider application of simple, easy understandable, product - related indicators such as MIPS (Material Intensity Per Service unit) should be supported.

One topic that hasn't been addressed at all in the Green Paper is the question of the ever rising amount of products and services on the market. In spite of the numerous relative improvements attained not least through the measures discussed in the Green Paper this will sooner or later lead to an increase in the total environmental burden. Any document on IPP is incomplete without discussion of this challenge.

Finally, the specific situation of SMEs should be carefully analysed and considered when further developing IPP.